

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 18 (1926)
Heft: 1

Artikel: Zur Wallfahrt nach Moskau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352203>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 5 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Monbijoustrasse 61, Bern
Telephon Bollwerk 3168 Postcheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration: Uniondruckerei Bern
Monbijoustrasse 61

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Zur Wallfahrt nach Moskau	Seite 1	8. Aus schweizerischen Verbänden	7
2. Warum eine Gewerkschaftsbank?	3	9. Volkswirtschaft	8
3. Notizen	4	10. Sozialpolitik	8
4. Arbeitslohn und Kapitalsrente	5	11. Arbeiterrecht	9
5. Der Aufstieg der Arbeiterschaft	6	12. Internationales	10
6. Auslands- und Inlandspreise des Nahrungsmittelbedarfs	6	13. Ausland	10
7. Die Kaufkraft des Goldes	7	14. Literatur	12
		15. Kosten der Lebenshaltung	12

Zur Wallfahrt nach Moskau.

Eine der langlebigsten Parolen der kommunistischen Presse und Partei ist neben der «Einheitsfront» die: «Entsendet Arbeiterdelegationen nach Russland». Dieses unablässige Einhämmern auf die Arbeiterschaft hat denn auch bewirkt, dass da und dort Resolutionen des Inhalts angenommen werden, der Gewerkschaftsbund solle unverzüglich solche Delegationen zur Erforschung der Verhältnisse in Russland abordnen. Darüber lässt sich natürlich reden. Es ist aber eigentümlich, dass jedesmal, wenn irgendwo ein solcher Antrag angenommen wird, das gleich schon als ein kommunistischer Sieg ausgewertet wird; womit immerhin erwiesen erscheint, dass man im kommunistischen Lager sehr bescheiden geworden ist.

Man hat sich in Gewerkschaftskreisen mit dem Gedanken der Entsendung von Delegationen schon im Jahr 1920 befasst. Der I. G. B. wollte eine Delegation entsenden und auch das Internationale Arbeitsamt bereitete eine Reise mit sehr umfangreichem Programm vor, an dem Arbeitervertreter aus den meisten europäischen Ländern teilnehmen sollten. Es wurde aber nichts aus der Sache, weil die Russen resp. die Sovietregierung Schwierigkeiten machten. Die russischen Verhältnisse bieten für Westeuropa auch heute noch so viel des Neuen und Besonderen, dass eine Russlandreise gewiss grosses Interesse bieten würde. Ob nun, wie die Kommunisten glauben, die Delegierten wirklich von der Richtigkeit der bolschewistischen Methoden überzeugt und ob sie nach der Rückkehr zu Lobrednern dieser Methoden werden, ist eine andere Frage. Für uns kommt diese Einstellung jedenfalls nicht in Betracht. Für uns kann es sich immer nur darum handeln, die Dinge so kennen zu lernen, wie sie sind. Wenn irgendwo etwas gut ist, kann daraus nicht geschlossen werden, dass alles gut ist, so wenig, wie wenn etwas als schlecht befunden wird, das ein Beweis dafür ist, dass alles schlecht ist.

Die Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Reise ist volle Bewegungsfreiheit der Delegierten, damit sie in der Lage sind, sich ein richtiges Bild von den gesamten Verhältnissen zu machen. Der Bewegungsfreiheit steht die Sprachkenntnis der Delegierten hindernd im Wege. Sie sind, soweit sie sich nicht selber früher schon längere Zeit in Russland aufhielten, auf die Hilfe von Dolmetschern angewiesen. Wenn nun solche Dolmetscher von den russischen Behörden zur Verfügung gestellt werden, ist man natürlich auf deren

guten Willen angewiesen. Sie werden das zeigen und das übersetzen, wozu sie beauftragt sind und dem andern werden sie aus dem Wege gehen. Das ist umso leichter, als Russland ein riesiges Land mit ungeheuer vielgestaltigen Verhältnissen ist. Kommt dann noch dazu, dass Festlichkeiten aller Art, Paraden der roten Armee usw. stattfinden, so wird bei der Sache nicht allzuviel herauskommen, es sei denn, die Reise werde auf viele Monate ausgedehnt.

Die erste Bedingung ist also, dass der Einreisende das Recht haben muss, einen Dolmetscher nach freier Wahl selber mitzubringen.

In verschiedenen Resolutionen von Gewerkschaften, die sich für eine Russlandreise ausgesprochen haben, kehrt der Passus wieder: «die Versammlung wünscht, dass auch ein Mitglied ihrer Gruppe als Delegierter bestimmt wird.» Abgesehen von der Kostenfrage (man dürfte pro Delegierten und Dolmetscher mit mindestens 3000 Franken rechnen) scheint es uns denn doch, dass man sich die Sache sehr gemütlich vorstellt. Man packt sein Köfferchen und harret gespannt der Dinge, die da kommen sollen. So geht es aber nicht, wenn das Geld nicht umsonst ausgegeben werden soll. Die Delegierten müssen sich schon vor der Reise eingehend mit der russischen Frage befassen, damit sie die Augen am rechten Ort auftun und die richtigen Fragen zu stellen in der Lage sind. Es muss auch vor der Abreise ein richtiges Reiseprogramm aufgestellt werden und es müssen die Delegierten eine gewisse Arbeitsteilung vornehmen. Dieses Arbeitsprogramm muss die Grundlage der ganzen Untersuchung sein. Es nützt dem Delegierten und seinen Mandatgebern wenig, wenn ihm in Russland ganze Stösse von statistischen Tabellen über alle möglichen Dinge in die Hand gedrückt werden, ohne dass er in der Lage ist, die Grundlagen dieser Statistiken kennen zu lernen und sich davon zu überzeugen, ob man sich darauf verlassen darf. Nur um Statistiken im Koffer zu verstauen, ist eine Reise nach Russland nicht notwendig, solche Botendienste besorgt die Post billiger. Die Statistik kann höchstens der Erhärtung eigener Beobachtungen dienen. Fehlen diese, so sind die schönsten Tabellen wertlos.

In den letzten Jahren sind Tausende von Menschen in Russland gewesen. Die Berichte, die sie aus diesem Wunderland gebracht haben, lauten einander sehr widersprechend. Nicht alle, die als Gläubige Moskaus nach Russland gegangen sind, kehrten als Gläubige wieder. Aber auch umgekehrt werden viele von dem Gebotenen so fasziniert, dass sie blind waren für alle Schattenseiten. Dass die Tendenz besteht, alles in gün-

stigem Lichte zu zeigen, gibt auch E. Fimmen, ein Freund der bolschewistischen Regierung zu, wenn er sagt, es sei selbstverständlich, dass die Russen den Fremden nur das Beste zeigen.

Ein Neumühlarbeiter, der von der Gewerkschaft im Jahre 1921 nach Russland geschickt wurde, hielt nach seiner Rückkehr über seine Erlebnisse einige Vorträge, ohne aber damit irgendwie Eindruck zu machen. Die ganze Veranstaltung war eine oberflächliche Improvisation und es war schade um das Geld, das sie gekostet hatte.

In der Nummer 47 der deutschen Metallarbeiterzeitung ist ein Bericht eines Verbandsmitgliedes über eine solche von der Kommunistischen Partei ad hoc zusammengetrommelte Russlandreise enthalten. Der Berichterstatter gibt seiner Meinung Ausdruck, dass die russische Regierung mit aller Kraft versuche, etwas Besseres zu schaffen. Er sagt aber auch, dass das Bestreben bestehe, den Russlandreisenden die Dinge in einem bessern Lichte zu zeigen, als wie sie in Wirklichkeit sind, und zwar mit den folgenden Worten:

«Ich weiss, dass durch Aufnahme und Verpflegung einige meiner Mitdelegierten sehr beeinflusst worden sind. Was sonst noch blieb, wurde von gerissenen Dolmetschern ins Gegenteil umgekehrt. Ein Mitkollege der Delegation sagte mir, dass er dreimal angelogen wurde in einer Art, die mehr denn stark zu nennen sei. Ein Blinder habe den Schwindel mit dem Krückstock fühlen können.»

Nach solchen Äusserungen wird man erst recht skeptisch. Denn, was nützt eine Reise, wenn man sie voll Misstrauen antritt und nie weiss, wo die Wahrheit aufhört und die Dichtung beginnt? In diesem Misstrauen wird man bestärkt, wenn man vernimmt, dass die Bergarbeiterinternationale diesen Sommer eine Delegation nach Russland entsenden wollte, aber dabei eigenartige Erfahrungen machte. Der deutsche Bergarbeiterverband wollte dieser Delegation einen selbstgewählten Dolmetscher begeben. Die Einreiseerlaubnis wurde aber verweigert. Da uns die Sache interessierte, wandten wir uns brieflich um Auskunft an den Zentralvorstand dieses Verbandes. Mit Schreiben vom 2. Dezember 1925 erhielten wir die Mitteilung, dass es sich in der Tat so verhalte. Die entscheidende Stelle in diesem Schreiben lautet:

«Es ist richtig, dass wir uns mit der Frage beschäftigt haben, eine Delegation nach Russland zu entsenden. Die Anregung ging vom Internationalen Bergarbeiterverband, insbesondere von den Engländern aus. Die Sowietregierung macht aber nun in bezug auf den Dolmetscher, der unsere Delegation begleiten soll, allerhand Schwierigkeiten und nicht nur allein uns Deutschen, sondern auch den Belgiern. Auf der letzten Internationalen Komiteesitzung in Paris, die am 9. und 10. November d. J. stattgefunden hat, stand dieser Punkt zum dritten Mal auf der Tagesordnung. Wir haben dort zum Ausdruck gebracht, dass sich unsere Organisation alle Mühe gegeben habe, einen Dolmetscher zu bekommen. Zuerst brachten wir einen Dr. Bienstock in Vorschlag. Dieser wurde, weil er angeblich gegen die Sowietregierung gekämpft habe, abgelehnt. Daraufhin haben wir einen Salomon Schwarz in Vorschlag gebracht, der in der Roten Armee diente und im bolschewistischen Kriegsministerium tätig gewesen ist. Auch dieser wurde von der Sowietregierung abgelehnt. Nach Ablehnung von Schwarz hat sich unsere Organisation alle Mühe gegeben, einen andern Uebersetzer ausfindig zu machen. Wir haben uns an Dr. Herz sowie an den Genossen Stein vom «Vorwärts» gewandt. Aber das alles führte nicht zum Ziele.»

Die russische Regierung redet sich damit heraus, das seien «Konterrevolutionäre». In der Tat handelt es

sich um sogenannte «Menschewiki», also Sozialdemokraten. Die widerspruchsvolle Haltung der russischen Regierung zeigt sich aber darin, dass sie gleichzeitig Unternehmer, Bankleute, Regierungsleute bürgerlicher Gesinnung, Journalisten bürgerlicher Blätter, die doch die «Todfeinde» des Bolschewismus sind, zu Tausenden im Lande herumreisen lässt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass System darin liegt, alle die Leute fernzuhalten, die Land und Leute gründlich kennen und denen man infolgedessen kein X für ein U vor-machen kann.

Wir begreifen vollkommen, dass nach den gewaltigen Erschütterungen der Kriegs- und Revolutionsjahre es ungeheurer Anstrengungen bedarf, die Wirtschaft in Gang zu setzen und eine neue Kultur aufzubauen, besonders auch im Hinblick auf das geringe Bildungsniveau der breiten Massen in Russland. Wir geben auch zu, dass seit 1918 gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind. Ob im ursprünglichen Sinn der Bolschewisierung, ist allerdings eine andere Frage. Natürlich muss es Westeuropa in erster Linie interessieren, zu erfahren, welche Gründe zur Umstellung der Wirtschaft geführt haben.

Wir haben daher vor Jahresfrist beim I. G. B. angeregt, in Verbindung mit den in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften eine Delegation, bestehend aus Vertretern der Landesorganisationen nach Russland zu entsenden, die nach einem gründlichen Programm arbeiten sollte. Eine solche Delegation vermöchte infolge ihrer Stärke und Vielseitigkeit schon zu einer umfassenden und objektiven Darstellung der Verhältnisse zu kommen. Selbstverständlich wäre auch hier die Vorbedingung: volle Bewegungsfreiheit im Lande und freie Auswahl der Uebersetzer.

Wenn die russische Regierung nichts anderes bezweckt, als der westeuropäischen Arbeiterschaft einen Einblick in die Gestaltung der russischen Verhältnisse zu geben, kann sie solche Delegationen nur begrüßen. Hegt sie jedoch den Hintergedanken, mit solchen Delegationen der Einheitsfrontparole neuen Impuls zu geben, so sollten ihr die Misserfolge der bisherigen Delegationen gezeigt haben, dass sie ihr Ziel nicht erreicht, denn bisher stand in den Berichten Behauptung gegen Behauptung und es wurde gar nichts getan, um das bestehende Misstrauen zu beseitigen.

Wir haben auch schon zur Genüge dargetan, dass die Einheitsfrontparole so lange zu keinen praktischen Resultaten führen kann, solange die Kommunistische Internationale in den Gewerkschaften Stosstruppen für ihre Parteiparolen sieht.

Wenn nun unter kommunistischer Leitung im Lande herum besondere Komitees gebildet werden, um die Propaganda für die Russlanddelegationen systematisch zu betreiben, so muss man sich schon fragen, was diese Propaganda für einen praktischen Zweck haben soll, was gewonnen ist, wenn ein halbes Dutzend oder gar ein Dutzend Leute für sechs Wochen nach Russland reisen und unter vertrauensvoller Führung durch die ihnen beigegebenen Dolmetscher dieses Riesenreich studieren. Wenn sie dann zurückkommen, wird der eine dies berichten, der andere jenes und wir werden insgesamt nicht klüger sein wie vorher.

Auch dann, wenn die Reise so vorbereitet und durchgeführt wird, wie wir es angedeutet haben und wenn ein einheitlicher und zuverlässiger Bericht erstattet wird und wenn der Bericht günstig für die russischen Methoden und Erfolge ausfallen sollte, beweist das für uns noch recht wenig. Wir sind nicht in Russland. Was sich in Russland bewährt hat, muss sich nicht notwendigerweise für uns bewähren. Wir werden nach wie vor unsere Taktik nach unseren Bedürfnissen und Erfordernissen einrichten müssen und können ihr

nicht die Parolen der dritten Internationale zugrunde legen.

Zum Schluss betonen wir denn noch ganz nachdrücklich, dass die schweizerischen Gewerkschaften dringlichere Aufgaben haben, als jahraus jahrein über diese imaginäre Einheitsfront und über die Notwendigkeit der Entsendung einer Delegation nach Russland zu diskutieren. Halten wir einmal Umschau im eigenen Lande, vervollständigen wir hier die Einheitsfront der Arbeiter, überhaupt der Unselbständigerwerbenden, unterrichten wir uns über die Schwierigkeiten, die unserer Arbeit in Stadt und Land gegenüberstehen. Befassen wir uns in den Versammlungen mit den Fragen der *schweizerischen* Wirtschafts- und Sozialpolitik. Vervollständigen wir da unser Wissen und unsere Einsicht. Das ist das erste, das zweite und das dritte Erfordernis einer zielbewussten Gewerkschaftspolitik.



Warum eine Gewerkschaftsbank?

Von Max Weber, St. Gallen.

1. Die Arbeiterbewegung hat keine Leute, die für die Leitung der Wirtschaft befähigt und vorgebildet sind. Sie hat wohl politische und gewerkschaftliche Führer, aber sie hat keine Führer im Wirtschaftsleben. Das hat sich überall, wo Sozialisierungsversuche gemacht worden sind, schwer gerächt. Man kann wohl damit rechnen, dass bei einem Sieg des Sozialismus manche Leiter der kapitalistischen Wirtschaft zur Arbeiterbewegung übertreten werden. Diese Leute werden aber nicht zuverlässig sein. Ein grosser Teil wird den sozialistischen Aufbau zu sabotieren versuchen. Auf jeden Fall werden die zu uns stossenden Kräfte nicht genügen, um das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, und noch viel weniger, um es neu zu organisieren. Wir müssen daher heute schon vorsorgen durch die Ausbildung geeigneter Kräfte. Bloss theoretische Schulung genügt indessen nicht, es braucht auch praktische Erfahrung. In privatkapitalistischen Unternehmungen ist es aber beinahe vollständig ausgeschlossen, dass ein sozialistischer Gesinnter in eine leitende Stellung befördert wird. Als Möglichkeit zur Erwerbung der nötigen Erfahrungen bleiben daher nur noch Stellen in öffentlich-rechtlichen Betrieben und in Staats- und Gemeindeverwaltungen (aber auch da nur, wo die Arbeiterschaft so stark ist, dass sie ihre eigenen Vertreter wählen kann) und ferner in eigenen Unternehmungen der Arbeiterschaft. Die erste Möglichkeit ist ausserordentlich beschränkt. Die zweite ist bisher noch fast gar nicht benutzt worden. Die Genossenschaftsbewegung ist zum grössten Teil in bürgerlichen Händen. Gerade von den leitenden Funktionen sind Vertreter der Arbeiterschaft ausgeschlossen. Und was die Gewerkschaftsbewegung betrifft, so bieten die wenigsten Posten einen so tiefen Einblick ins wirtschaftliche Leben, wie zur Ausbildung und Wirtschaftsführung notwendig wäre.

Es ergibt sich daraus, dass die Arbeiterschaft *jede Gelegenheit benutzen muss, um sich im Wirtschaftsprozess zu beteiligen*, indem sie überall versucht, ihre Vertreter in alle Stellungen des Wirtschaftslebens einzubringen, indem sie aber auch versucht, soweit das möglich ist, *eigene Wirtschaftsbetriebe zu errichten*.

2. In der Arbeiterschaft herrschen ganz irrthümliche Anschauungen über die kapitalistische Wirtschaft und ihre Ueberleitung in die sozialistische. Die meisten Arbeiter haben keine Ahnung vom Wirtschaftsleben. Bis hinauf in die Führerkreise kann man da und dort ganz phantastische Ansichten hören über wichtige Fragen wie zum Beispiel das Geld- und Zinsproblem. Niemand wird bestreiten wollen, dass diese weit herum herr-

schende Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen ein grosses Hemmnis bildet für die Entwicklung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Wir sind ja in der Schweiz heute noch nicht so weit, positive Wirtschaftspolitische Massnahmen zur Einleitung der Sozialisierung zu treffen. Wenn das aber einmal der Fall sein wird, so steht zu befürchten, dass die unaufgeklärten Massen der Arbeiterschaft der Sektiererei (wie Freiland-Freigeld, Mundismus, Kommunismus) in die Hände fallen, was zu neuen Spaltungen führen und die Stosskraft der Arbeiterbewegung lähmen müsste. Aber auch in der Gegenwart ergeben sich viele Nachteile aus der mangelnden Einsicht der Arbeiterschaft. So sind zum Beispiel einzelne Fehler der Genossenschaftsbewegung sowie die Spannung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften zu einem grossen Teil auf diesen Grund zurückzuführen.

Wie kann dem vorgebeugt werden? Selbstverständlich ist die *wirtschaftliche Schulung* notwendiger denn je und sie muss immer weitere Kreise erfassen. Die bloss theoretische Theorie genügt aber nicht. Die Arbeiterschaft muss auch den nötigen *Anschauungsunterricht* erhalten, d. h. sie muss den Gang der Entwicklung aus der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft in der Praxis selbst verfolgen können. Dazu dienen gemeinwirtschaftliche Unternehmungen aller Art, in erster Linie natürlich solche, die von Arbeiterorganisationen kontrolliert werden.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus ergibt sich die Forderung nach dem Ausbau der vorhandenen und nach Schaffung neuer gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, die dem Einfluss der Arbeiterorganisationen direkt unterstehen.

3. Nachdem lange Zeit die Frage des Ueberganges der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft nur theoretisch diskutiert worden war und zu den grössten Meinungsdivergenzen Anlass gegeben hatte, so beginnt sich dank den gemachten Erfahrungen bei erfolgreichen und gescheiterten Sozialisierungsversuchen immer mehr eine klarer umrissene Vorstellung zu bilden über die Art und Weise wie dieser Uebergang sich vollziehen wird und wie er durch aktives Eingreifen gefördert werden kann. Diese Vorstellung enthält vor allem den äusserst wichtigen Gedanken, dass die Einführung der sozialistischen Wirtschaft nicht durch eine plötzliche Umwälzung möglich ist, sondern durch allmähliges Ausbreiten und Ueberhandnehmen gemeinwirtschaftlicher Zellen erreicht wird. Diese Wirtschaftsentwicklung kann durch politische und gewerkschaftliche Eingriffe wohl gefördert, aber nicht erzwungen werden. Sie setzt vor allem auch eine entsprechende geistige Weiterentwicklung der Arbeiterschaft voraus.

Die Förderung dieser voraussichtlichen Entwicklung muss das unablässige Bestreben der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sein. Das wird ja auch getan, soweit es den Kampf um die Einflussnahme in Staat und Gemeinde und ihren gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen betrifft. Das geschieht grösstenteils auch in der Genossenschaftsbewegung. Was aber bisher vernachlässigt wurde, das ist die Schaffung eigener gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen. Das ist durchaus begreiflich, und die Zurückhaltung in dieser Hinsicht war gewiss auch meistens am Platze. Die Erfahrungen, die mit Produktivgenossenschaften gemacht worden sind, sprechen deutlich genug. Soweit die Gründe, die an den misslichen Erfahrungen mit den Produktivgenossenschaften schuld sind, *innerer Natur sind* (ungeschickte Führung, mangelnde Einsicht der darin beschäftigten Arbeiter usw.), so sprechen sie aber eher *für eine vermehrte aktive Betätigung* der Arbeiterschaft in der Wirtschaft. Wo *äussere Schwierigkeiten* (Kapitalmangel, Boykott und